

Nutzen bzw. Auswirkungen und die Konsequenzen auf mögliche Gratisarbeit durch Sparmassnahmen geschlechtsspezifisch aufzuzeigen und dafür allenfalls gezielte Auswertungen einzubeziehen?

Antwort des Regierungsrats

Zu der Frage 1:

Die Ergebnisse der Studie «An den Frauen sparen?» aus dem Jahr 1996 sind dem Regierungsrat bekannt. Im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP 2014) verzichtete er im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Entlastungsmassnahmen indessen auf einen spezifischen Einbezug der Geschlechtersicht.

Nicht zuletzt angesichts ihrer hohen Kostenanteile am kantonalen Finanzhaushalt betreffen zahlreiche Entlastungsmassnahmen im Rahmen der ASP 2014 die Bereiche «Gesundheit», «Bildung» und «Soziales». Diese weisen in Bezug auf die Beschäftigungsstruktur in der Tendenz hohe Frauenanteile aus. Der Regierungsrat kann deshalb zu seinem Bedauern nicht ausschliessen, dass sich einzelne Entlastungsmassnahmen aus der ASP 2014 negativ auf die Beschäftigungssituation von Frauen auswirken werden.

Zu der Frage 2:

Die in der Interpellation aufgeworfenen Fragen zur geschlechtsspezifischen Folgenabschätzung sind relevant. Der Regierungsrat sieht jedoch aus Kosten- und Zeitgründen keine begleitende Analyse der ASP 2014 aus der Geschlechtersicht oder aus der Sicht einzelner Anspruchsgruppen vor (vgl. dazu auch Antwort des Regierungsrates zu Frage 4).

Zu der Frage 3:

Wie in seiner Antwort auf Frage 2 dargelegt, verzichtet der Regierungsrat auf eine spezifische Analyse der möglichen Auswirkungen von einzelnen Massnahmen der ASP 2014 aus der Geschlechtersicht.

Mit der durch den Regierungsrat in Aussicht genommenen Veröffentlichung seines Berichtes zur ASP 2014 vor den Sommerferien 2013 ermöglicht er dem Parlament und der Öffentlichkeit eine frühzeitige Auseinandersetzung mit den einzelnen Entlastungsmassnahmen. Zudem erlaubt diese Vorgehensweise, bzw. die lange Vorlaufzeit bis zur parlamentarischen Beratung des Berichtes zur ASP 2014 im Rahmen der Novembersession 2013 nach Meinung des Regierungsrates den einzelnen Anspruchsgruppen eine ausführliche Beurteilung der Auswirkungen der einzelnen Entlastungsmassnahmen, bzw. die Erarbeitung einer fundierten politischen Positionierung.³

Zu der Frage 4:

Der Regierungsrat sieht nicht vor, zusätzliche – über die im Bericht zur ASP 2014 hinausgehende – Auswertungen der ASP-Massnahmen nach ausgewählten Kriterien wie z. B. Betroffenheit nach Regionen, Altersgruppen, Berufsgruppen, etc. vorzunehmen.

In diesem Sinne verzichtet er auch auf eine geschlechtsspezifische Auswertung der im Rahmen der ASP 2014 erarbeiteten Entlastungsmassnahmen, bzw. auf die Darstellung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen und Konsequenzen auf mögliche Gratisarbeit durch Entlastungsmassnahmen.

(Die Haushaltsdebatte wurde unabhängig der Reihenfolge der Geschäfte im Detailprogramm in Themenblöcken zusammengefasst geführt. Deshalb erscheint der Wortlaut der Haushaltsdebatte – das heisst, die Diskussionen über die Traktanden 60–109 – gesamthaft unter dem Geschäftstitel «2013.0889 Bericht Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP 2014)». Die Diskussion dieses Geschäfts findet sich unter 2013.0889-Wortlautdokument 2013.11.20-13.30-de.)

³ vgl. Antwort des Regierungsrates auf Ziffer 1 der Motion 77/2013 Brand SVP (Münchenbuchsee) u.a. «Angebots- und Strukturüberprüfung: Massnahmenpaket sofort vorlegen»

Die Interpellantin ist von der Antwort nicht befriedigt.